

Parteienbühne

Prämienwahnsinn stoppen!

Dieses Jahr zahlen die Krankenversicherten in Liechtenstein im Schnitt fast 7 Prozent höhere Prämien als noch im Jahr 2023. Das ist ein weiterer Schritt in einer Entwicklung, die uns wirklich Sorge bereitet. In den letzten 20 Jahren haben sich die Kosten für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) insgesamt fast verdoppelt. Neuste Daten aus der Schweiz deuten darauf hin, dass sich dieser Trend auch im nächsten Jahr fortsetzen wird. Der Anstieg der Gesundheitskosten macht einen grossen Anteil an den ständig steigenden Lebenshaltungskosten für Familien, Einzelpersonen sowie Rentnerinnen und Rentner aus.

Was die OKP angeht, gilt in Liechtenstein eine Kopfprämie. Grundsätzlich zahlt jede Person gleich viel an die obligatorische Versicherung, unabhängig der wirtschaftlichen Ausgangslage. Die sozial Schwächsten sollen mit dem System der «Prämienverbilligung» Unterstützung erhalten. Doch genau hier liegt der Knackpunkt. Zu wenige Menschen haben Anspruch auf eine angemessene Prämienreduktion und zu wenige setzen diesen auch durch. Die Prämienentlastung ist ein Almosensystem, in dem ein nicht kleiner

Teil der Bevölkerung zu Bittstellenden gemacht wird. Viel effizienter wäre ein System, in dem die Beiträge von vornherein solidarisch zu entrichten wären. Analog zur Altersvorsorge könnte der Grundbedarf in der Gesundheitsvorsorge durch ein ausgleichendes, faires System gewährleistet werden. Was die AHV für die Altersvorsorge ist, sollte die OKP für die Krankenvorsorge sein. Eine Deckung des Minimums darf für Menschen der Unter- und Mittelschicht keine finanzielle Bedrohung werden.

Verbände und Wirtschaftsinteressenten wie auch viele Politikerinnen und Politiker appellieren dennoch weiter stur daran, die «Kräfte des Marktes» spielen zu lassen. Abgesehen davon, dass das bereits der Fall ist, wissen wir aus Ländern wie den USA, dass eine marktorientierte Grundversorgung die Kosten unkontrolliert steigen lässt. Auch kann es nicht sein, dass das ständige Kostenwachstum und die unverhältnismässige Verteilung der Kosten denjenigen angehängt wird, die sich lediglich ihrer medizinischen Grundversorgung bedienen.

**Eine Stellungnahme des
Vorstands der Freien Liste**